



48/2014

Kiel, 12. Mai 2014

Themen der Plenarsitzung: Aktuelle Stunde zum „Rückkehrrecht der Bildungsministerin an die Universität Flensburg“, Novellierung des Landesnaturschutzgesetzes und Lehrerausbildung

Kiel (SHL) – Zu seiner nächsten Tagung kommt der Landtag ab Mittwoch, 14. Mai, 10:00 Uhr, im Plenarsaal in Kiel zusammen. Die Tagesordnung sieht eine Aktuelle Stunde zum „Rückkehrrecht der Bildungsministerin an die Universität Flensburg“ vor. Im Mittelpunkt der Plenartagung stehen ferner die Novellierung des Landesnaturschutzgesetzes und die Lehrerausbildung. Nähere Informationen zu allen Tagesordnungspunkten (TOP) mit Diskussion im Plenum enthält die folgende Vorschau in der Reihenfolge des geplanten Aufrufs der Themen. Den aktuellen Verlauf der Plenartagung begleitet plenum-online, die Internet-Zeitung des Landtages. Sie kann unter www.sh-landtag.de aufgerufen werden.

Mittwoch, 14. Mai, 10:00 bis 18:00 Uhr

TOP 1 Aktuelle Stunde „Rückkehrrecht der Bildungsministerin an die Universität Flensburg“, geplanter Aufruf 10:00 Uhr, geplante Redezeit 60 Minuten

In einer Aktuellen Stunde wird sich der Landtag voraussichtlich am Mittwoch mit dem umstrittenen Rückkehrrecht von Bildungsministerin Waltraud Wende (parteilos) an die Universität Flensburg befassen. Die CDU hat das Thema auf die Tagesordnung gesetzt.

Das Präsidium der Uni Flensburg hatte der Professorin zugesichert, ihr bei einem vorzeitigen Ende ihrer Ministerzeit wieder eine Beschäftigung anbieten zu wollen. Wende war vor der Übernahme des Ministeramtes bis 2012 Uni-Präsidentin in Flensburg. Nach Angaben der Landesregierung hat Wende jedoch am 17. April Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) schriftlich versichert, das Rückkehrrecht nicht zu nutzen. Sie wolle jeden Zweifel ausräumen, sie sei Lobbyistin für eine Universität und nicht Ministerin des Wissenschaftsstandortes Schleswig-Holstein, heißt es aus ihrem Ministerium.

Die CDU begründete die Aktuelle Stunde damit, weitere Hintergründe zum Rückkehrrecht von Wende erfahren zu wollen. Anders als von Wende behauptet, sei das Rückkehrrecht noch in Kraft, hielt CDU-Fraktionschef Johannes Callsen der Ministerin vor. Auch Ministerpräsident Albig werde sich erklären müssen, meinte Callsen. Denn Wende habe noch als Uni-Präsidentin darüber einen Präsidiumsbeschluss herbeiführen lassen. Dieser verspreche Wende, die als Präsidentin keinen eigenen Lehrstuhl innehatte, eine Professorenstelle. Ein Beschluss werde durch ihre angebliche Verzichtserklärung nicht unwirksam.

Für die Lehrerausbildung im Norden plant Wende einen größeren Ausbau der Kapazitäten in Flensburg als zunächst vereinbart. Die Uni Kiel befürchtet Mittelverschiebungen zu ihren Lasten, was Wende aber bestreitet.

TOP 19 und 31 Anträge zum nutzerfinanzierten Sonderfonds „Reparatur Deutschland“, Antrag der Fraktion der FDP (Drs. 18/1832), Antrag der Fraktion der CDU (Drs. 18/1863), geplanter Aufruf 11:00 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Mit seinem Vorschlag für eine Sonderabgabe für alle Autofahrer stößt Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) bei der Opposition im Landtag auf Skepsis. CDU und FDP lehnen es ab, Deutschlands Kfz-Halter zusätzlich zu belasten – zumal zurzeit die Steuereinnahmen sprudeln.

Nach Albigs Ansicht sind rund 119 Milliarden Euro zusätzlich notwendig, um das deutsche Straßennetz instand zu setzen. „Wir brauchen rund sieben Milliarden Euro im Jahr für die Zeit bis 2030“, wird der Regierungschef in den Medien zitiert. Deswegen macht sich Albig für eine jährliche Sonderabgabe stark, als Größenordnung nannte er 100 Euro. Das Geld soll nach Albigs Vorstellung in einen Sonderfonds „Reparatur Deutschland“ fließen. „Deutschland wird auf Dauer wirtschaftlich keinen Erfolg haben, wenn wir weiter unsere Infrastruktur so verrotten lassen“, warnte er. Die im Berliner Koalitionsvertrag zusätzlich ausgehandelten fünf Milliarden Euro seien nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Mit seiner Initiative stieß Albig insbesondere bei der bayrischen CSU auf Kritik. Die Christsozialen haben sich im Bundestagswahlkampf für eine PKW-Maut für Ausländer ausgesprochen. Die Maut auf den Autobahnen in Deutschland soll nach Plänen von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) am 1. Januar 2016 starten. Kritiker wenden jedoch ein, dieser Plan verstoße gegen EU-Recht.

TOP 49 und 53 Weiterbau der A20 und Bericht zur westlichen Elbquerung, Anträge der Fraktion der FDP (Drs. 18/1726, 18/1654), Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW (Drs. 18/1793), Bericht und

Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 18/1848), Bericht der Landesregierung (Drs. 18/1809), geplanter Aufruf 11:35 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Beim umstrittenen Weiterbau der Autobahn 20 geht der Koalition „Sorgfalt vor übereilten Planungen“. Und: Für die geplante westliche Elbquerung soll der Bund nach Willen der Landesregierung eine Projektgesellschaft gründen.

Mit ihrem Aufruf zur „Sorgfalt“ haben sich SPD, Grüne und SSW im Wirtschaftsausschuss gegen die FDP durchgesetzt. Die Liberalen hatten gefordert, die Planung für die Ost-West-Achse auch westlich der A7 „schnellstmöglich abzuschließen“ - und auch mit dem Bau zu beginnen, falls sich die Fortsetzung des östlichen Bauabschnitts weiter verzögert.

Denn bei Bad Segeberg liegt der östliche Autobahn-Bau seit einem Urteil des Bundes-Verwaltungsgerichts aus dem vergangenen November auf Eis. Die Leipziger Richter hatten unter anderem kritisiert, dass der Schutz eines großen Fledermaus-Bestandes in der Segeberger Kalkhöhle bei der Planung nicht hinreichend berücksichtigt wurde.

Stattdessen wollen die Liberalen nun weiter westlich die Bagger in Gang setzen, doch das widerspricht dem Koalitionsvertrag der Nord-Ampel. Darin wird darauf verwiesen, dass der noch bis 2015 laufende Bundes-Verkehrswegeplan „hoffnungslos unterfinanziert“ sei und dass es keine gesicherte Zeitplanung für den Bau der gesamten A20 gebe. Deswegen müsse zunächst von Osten her der „verkehrstechnisch sinnvolle“ Anschluss an die A7 bei Bad Bramstedt hergestellt werden. Mehr sei in der laufenden Wahlperiode bis 2017 nicht möglich.

Für den geplanten neuen Elbtunnel westlich von Hamburg „wäre eine Projektgesellschaft vom Bund zu gründen“, heißt es zudem in einem Regierungsbericht, den die Liberalen angefordert hatten. Dazu müsste Berlin eine Firma nach Vorbild des dänischen Staatsunternehmens Femern AS gründen, das den Tunnel unter dem Fehmarnbelt bauen und betreiben soll. Die neue Projektgesellschaft für den A20-Tunnel soll das 1,3 Milliarden Euro teure Bauwerk nach Vorstellungen der Landesregierung mit einer Anschubzahlung des Bundes sowie mit Krediten finanzieren. Zuvor hatte die Gründung einer landeseigenen Firma im Raum gestanden.

TOP 10 und 14 Gesetzentwurf Sondervermögen zur Umsetzung der Breitbandstrategie und Antrag "Dächer frei für drahtlosen Internetzugang“, Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 18/1861), Antrag der Fraktion der PIRATEN (Drs. 18/1747), geplanter Aufruf 12:10 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Thema schnelles Internet: Der Landtag debattiert über den Breitband-Ausbau und eine bessere WLAN-Versorgung.

15 Millionen Euro hat der Landtag im Haushalt für dieses Jahr reserviert, um den Ausbau des schnellen Internets in Schleswig-Holstein voranzutreiben. Nun will die Landesregierung ein Sondervermögen einrichten, damit das Geld über mehrere Jahre hinweg zielgerichtet eingesetzt werden kann. 14 Millionen sollen in den Breitbandausbau fließen, etwa zur Förderung einzelner Projekte und zur Kofinanzierung europäischer Fördermittel. Eine Million geht an das Breitband-Kompetenzzentrum. Es ist Anlaufstelle für Kommunen und berät diese kostenlos zu Fragen wie Förderung, Technologien und Ausbaustrategien.

Im vergangenen Jahr hat die Landesregierung ihre Breitband-Strategie vorgestellt. Demnach soll Schleswig-Holstein bis zum Jahr 2030 flächendeckend mit Glasfasernetzen versorgt werden, um den technologischen Anforderungen an das Internet zu genügen und zugleich den Wirtschaftsstandort aufzuwerten. Das erste Zwischenziel sei, bis 2025 rund 90 Prozent der schleswig-holsteinischen Haushalte ans Hochgeschwindigkeitsnetz anzuschließen.

Die Piraten fordern zudem, alle geeigneten Dächer, die in landeseigenem Besitz sind, kostenlos für die Nutzung von WLAN freizugeben. Landeseigene Immobilien und Betriebe sollen auf ihre Tauglichkeit dafür überprüft werden. Dies entspräche, „den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger in unserer Informationsgesellschaft“, so die Piraten in ihrem Antrag. Das Land trüge dabei lediglich die Kosten der Stromversorgung, die mit etwa zehn Euro jährlich pro Gerät zu Buche schlagen würden. Die Wartung sowie die Installation würde die aktive Freifunk-Community ehrenamtlich übernehmen. Diese arbeitet schon seit Jahren an einer flächendeckenden WLAN-Nutzung.

TOP 37 Novellierung des Landesnaturschutzgesetzes, Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW (Drs. 18/1870), geplanter Aufruf 15:00 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Die Koalition will das Landes-Naturschutzgesetz überarbeiten. Künftig soll es nach Willen von SPD, Grünen und SSW strengere Auflagen für die Nutzung von Feldern, Wiesen und Gewässern geben. „Wir wollen die Pflanzen- und Tierwelt in Schleswig-Holstein besser schützen“, heißt es im Antrag der Koalitionsfraktionen. Die Forderung: Mehr Schutzgebiete und mehr Biotope. Damit liegen die Regierungsfaktionen auf einer Linie mit den Vorschlägen, die Umweltminister Robert Habeck (Grüne) Anfang April vorgestellt hat.

Die Kernpunkte von Minister und Fraktionen: Die Bedeutung des Naturschutzes soll in einer Präambel festgehalten werden, und das Land soll ein Vorkaufsrecht für besonders wertvolle Flächen erhalten. Ziel ist es, die Naturräume besser miteinander zu vernetzen. Insgesamt soll dem Naturschutz „auf 15 Prozent der Landesfläche Vorrang eingeräumt werden“.

Dauergrünland soll künftig als besonders geschütztes Biotop gelten: Die ungedüngten und lange nicht mit Pestiziden behandelten Wiesen seien besonders artenreich. Außerdem sollen höhere rechtliche Hürden für den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen errichtet werden, und es soll strengere Vorgaben für Seen, Bäche und Flüsse geben.

TOP 26 Antrag zum Stopp der Zwangsausstattung von Fahrzeugen mit elektronischem Ortungssystem eCall, Antrag der Fraktion der PIRATEN (Drs. 18/1857), geplanter Aufruf 15:35 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Ab Oktober 2015 sollen neu zugelassene Fahrzeuge nach Willen des Europäischen Parlaments mit einem E-Call genannten Ortungssystem ausgestattet werden. E-Call ist ein Sicherheitssystem, das automatisch nach einem Unfall Fahrzeugtyp, Treibstoffart, Unfallzeit, Position, Fahrtrichtung und die Anzahl der angelegten Sicherheitsgurte an die Rettungsdienste übermittelt. Die Piraten sehen das System kritisch und machen sich für den Datenschutz stark.

Nach Auffassung der Piraten soll es möglich sein, das Gerät abzuschalten. Fahrer müssten die Wahlmöglichkeit haben. Und: Wer den E-Call abschalte, dürfe dadurch keinerlei Nachteil hinnehmen müssen, etwa im Hinblick auf Haftungsfragen. Außerdem befürchten die Piraten eine Mehrbelastung von Rettungskräften durch überflüssige Notrufe zum Beispiel bei reinen Sachschäden. Diese unnötige Belastung könnte in den Augen der Piraten rechtzeitige Hilfe bei echten Notfällen behindern oder unmöglich machen.

Vorgesehen ist, dass die Daten zeitgleich mit Auslösen des Airbags übermittelt werden, damit Rettungskräfte automatisch zu schweren Unfällen gelotst werden. 2012 gab es bei Verkehrsunfällen in der EU 28.000 Todesopfer und 1,5 Millionen Verletzte. Das System kann nach Meinung des EU-Parlaments ungefähr 2.500 Leben retten und die Schwere von Verletzungen in Zehntausenden Fällen erheblich verringern. Damit man nicht durchgehend verfolgbar ist, sieht der Gesetzentwurf vor, dass die Positionsdaten nur bei einem Unfall übermittelt werden.

TOP 32 und 39 Anträge zur Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstandes und zur europäischen Initiative zum sozialen Unternehmertum, Antrag der Fraktion der CDU (Drs. 18/1865), Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW (Drs. 18/1872), geplanter Aufruf 16:10 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Um Schleswig-Holsteins Wirtschaft im europäischen Wettbewerb zu stärken, setzt die CDU auf eine Stärkung des Mittelstandes. Die Koalition betont die Bedeutung der Sozialwirtschaft. Die Union sieht im Mittelstand den „Motor für Wohlstand, Wachstum und Beschäftigung“. Damit die heimischen Betriebe diese Rolle auch künftig ausfüllen können, fordert die CDU

mehr Investitionen in die Infrastruktur, den Abbau von Bürokratie, mehr Geld für Bildung und eine Bekämpfung des Fachkräftemangels.

Die Koalition stellt sich hinter die Initiative für ein soziales Unternehmertum, das die EU-Kommission im Jahr 2011 beschlossen hat. Soziale Unternehmen haben soziale Ziele und sind nicht auf Gewinnmaximierung aus. Hierzu zählen etwa Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen, Werkstätten für Behinderte oder Pflegedienste. Auf die Sozialwirtschaft entfallen nach Brüsseler Angaben zehn Prozent aller europäischen Unternehmen, die mehr als elf Millionen Menschen einen Arbeitsplatz bieten. Mit ihrer Initiative will die EU-Kommission den Unternehmen den Zugang zur Finanzierung erleichtern, beispielsweise mit Hilfe der EU-Strukturfonds.

TOP 2 Gesetzentwurf zur Änderung des Landesjagdgesetzes, Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW (Drs. 18/752), Bericht und Beschlussempfehlung des Umwelt- und Agrarausschusses (Drs. 18/1033neu), geplanter Aufruf 16:45 Uhr, geplante Redezeit 40 Minuten

Die Verwendung bleihaltiger Munition bei der Jagd soll nach dem Willen von SPD, Grünen und SSW verboten werden. Eine entsprechende Änderung des Landesjagdgesetzes hat die Koalition im Umwelt- und Agrarausschuss beschlossen. Die Opposition stimmte dagegen.

Wissenschaftliche Studien würden belegen, „dass andere Tiere, insbesondere Greifvögel, nach der Aufnahme von mit Bleipartikeln von Geschossen kontaminierten Aufbrüchen oder von Aas Vergiftungen erleiden, die in vielen Fällen zum Tode führen“, heißt es zur Begründung in dem von den Koalitionsfraktionen vorgelegten Entwurf.

Donnerstag, 15. Mai, 10:00 bis 18:00 Uhr

TOP 9, 24, 30 und 33 Entwurf für ein Lehrerbildungsgesetz und Anträge zur Lehrerausbildung / Sekundarstufen-II-Ausbildung, Gesetzentwurf der Fraktion der FDP (18/1856), Antrag der Fraktion der CDU (Drs. 18/1854), Antrag der Fraktion der FDP (Drs. 18/1862), Antrag der Fraktion der PIRATEN (Drs. 18/1866), geplanter Aufruf 10:00 Uhr, geplante Redezeit 70 Minuten

Seit Wochen schwelt die Debatte über die Reform der Lehrerausbildung im Lande. Nun legen die Oppositionsfraktionen im Landtag eigene Gegenvorschläge zum Gesetzentwurf der Landesregierung vor.

Die FDP fordert einen Neustart, nachdem die Landesregierung mit ihren Plänen Schiffbruch erlitten habe. Ein „Runder Tisch“ aus Regierung, Parlament, Unis und Studenten soll nach Willen der Liberalen das Ruder übernehmen.

Außerdem präsentiert die FDP einen eigenen Gesetzentwurf. Es gehe darum, die Lehrerausbildung passgenau an die Schulstrukturen anzupassen, heißt es bei den Liberalen. Deshalb müsse die Regierung auch die Pläne für einen Sekundarlehrer einstampfen, denn es gebe ja auch keine Sekundarschulen. Andernfalls entstehe die Situation, „dass wir Schulen haben, für die wir keine Lehrer ausbilden“.

Der Gesetzentwurf sieht auch eine Rückkehr vom Bachelor-System zum Staatsexamen vor. Acht Bundesländer hätten diesen Abschluss bereits. Nach Einschätzung der FDP wünscht auch eine Mehrheit der Studenten das Staatsexamen. Die FDP will zudem festschreiben, dass künftige Grundschullehrer als eines ihrer zwei Fächer Deutsch oder Mathematik wählen müssen. Vor allem Mathematik werde an Grundschulen leider oft fachfremd unterrichtet. Nach Ansicht der FDP kann die Besoldungsstruktur beibehalten werden. Die Landesregierung hingegen schaffe mit ihren Änderungsplänen Mehrkosten von 30 Millionen Euro im Jahr.

An den Ausbildungsorten will die FDP nichts ändern. Die Lehrer für Gemeinschafts-, Grund- und Sonderschulen sollen demnach weiter in Flensburg studieren, die für Gymnasien in Kiel und die für Berufsschulen entsprechend der bisherigen Aufteilung an beiden Standorten. Teure Doppelstrukturen würden damit ebenso vermieden wie ein Kampf der Universitäten um Studenten. Der Gesetzentwurf der FDP sieht ein verpflichtendes Orientierungpraktikum vor Studienbeginn vor. Zudem solle es noch zwei weitere obligatorische Praktika geben. Das von der Regierung geplante Praxissemester sei wirklichkeitsfern und von Studenten wie Hochschulen logistisch wie organisatorisch kaum umzusetzen.

Die CDU lobt zwar das Praxissemester, übt aber scharfe Kritik am „Aufbau von Doppelstrukturen“ in Kiel und Flensburg. Der von der Landesregierung geplante Ausbau der Nord-Uni sei „inhaltlich nicht zu begründen“ und verursache „Zusatzausgaben“, die zulasten anderer Hochschulen gingen.

Die Piraten fordern die Regierung auf, ihren Gesetzentwurf aus dem April zurückzuziehen und ein komplett neues Gesetz zu erarbeiten. Ein Schlichter und eine Expertenkommission sollen eingeschaltet werden, und alle „tatsächlichen Kosten und Kostenentwicklungsprognosen“ müssten auf den Tisch. „Sorgfalt geht vor Schnelligkeit“, heißt es bei den Piraten.

TOP 13 Parken und Laden für Fahrzeuge mit Elektroantrieb, Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW (Drs. 18/1738), geplanter Aufruf 11:10 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

SPD, Grüne und SSW fordern, dass die Landesregierung ein Konzept erstellt zum Parken und Laden von Elektroautos auf Parkplätzen der Landesliegenschaften. Ziel soll es sein, an-

gesichts der wachsenden Nutzung von Fahrzeugen mit E-Motoren die Möglichkeit zum Aufladen von Batterien während des Parkens zu ermöglichen. Damit soll das Land Schleswig-Holstein seinen Beitrag zu einer Elektrifizierung des Pkw-Verkehrs leisten und auch eine Vorreiterrolle übernehmen.

Das Konzept soll eine Übersicht aller bisher vorhandenen Ladestationen geben und Vorschläge liefern, wie weitere Ladepunkte auf den Parkplätzen von Ämtern und Behörden eingerichtet werden können. Damit würde das Land auch den Plan des Bundes unterstützen, bis 2020 eine Million E-Pkw auf die Straße zu bringen.

Im Frühjahr 2013 lag die Zahl der zugelassenen E-Autos bundesweit bei nur etwa 15.800. Als ein Grund für die geringe Zahl gilt auch der Mangel an Lademöglichkeiten.

TOP 15, 20 und 41 Anträge zum NDR-Staatsvertrag und zu Rundfunkgebühren, Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW (Drs. 18/1761), Antrag der Fraktion der FDP (Drs. 18/1850), Antrag der Fraktion der PIRATEN (Drs. 18/1288), Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses (Drs. 18/1555),geplanter Aufruf 11:45 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Der NDR soll für seine Hörer und Zuschauer transparenter werden. Das fordern sowohl die Piraten als auch die Koalitionsfraktionen. Sie legen verschiedene Vorschläge auf den Tisch, wie der Staatsvertrag der Rundfunkanstalt nachgebessert werden soll. Außerdem geht es in der Medien-Debatte um die Rolle der Minderheiten in Radio und Fernsehen sowie um den Rundfunkbeitrag.

SPD, Grüne und SSW wollen erreichen, dass die Sitzungen des NDR-Rundfunkrates künftig öffentlich sind. Die Piraten fordern zudem, auch die Protokolle und Beschlüsse des Rundfunkrates, des Verwaltungsrates sowie von deren Ausschüssen publik zu machen. Gleiches soll für die Gehälter der Top-Funktionäre gelten. Und der NDR soll öffentlich darlegen, wofür er seine Beitragsgelder verwendet. Grundlage sollen die Transparenzanforderungen von „Open ARD ZDF“ sein, einer Arbeitsgruppe, die das Erste und Zweite Fernsehprogramm unter die Lupe nimmt.

Unterschiedliche Auffassungen herrschen zwischen Koalition und Piraten bei der Frage, nach welchen gesetzlichen Vorgaben die Vierländeranstalt die Informationen offenlegen soll. Die Piraten hatten bereits im vergangenen November vorgeschlagen, das Hamburger Transparenz-Gesetz heranzuziehen. Das stieß im Innen- und Rechtsausschuss jedoch bei allen anderen Fraktionen auf Vorbehalte. Denn: Es sei unklar, ob die Bestimmungen der Hansestadt einfach auf Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern übertragen

werden könnten. Vor diesem Hintergrund will die Koalition nun „eine feste Regelung zur Informationsfreiheit“ in den Staatsvertrag schreiben.

Dort sollen nach einhelliger Meinung auch Bestimmungen für Sendungen in dänisch und friesisch aufgenommen werden, und die Minderheiten in Schleswig-Holstein sollen einen eigenen Sitz im Rundfunkrat erhalten. Außerdem sollen das Angebot für Hör- und Sehbehinderte sowie Programme in Leichter Sprache in den NDR-Grundlagenvertrag aufgenommen werden.

Ein weiterer Punkt der Rundfunkdebatte sind die Beiträge. Seit letztem Jahr werden die Rundfunkgebühren nicht mehr nach der Anzahl der Geräte, sondern pro Wohnung erhoben. Dadurch können die Sender in den Jahren 2013 bis 2016 mit Einnahmen von insgesamt 31,8 Milliarden Euro rechnen. Das sind 1,15 Milliarden mehr als den Anstalten nach der alten Regelung zustünden.

Daher haben die Ministerpräsidenten bei ihrer Konferenz im März beschlossen, die Beitragsätze das erste Mal seit Einführung um 48 Cent auf 17,50 Euro zu senken. Die FDP möchte nun, dass der Landtag dieser Änderung des Rundfunkstaatsvertrages nur zustimmt, wenn sichergestellt ist, dass die Mehreinnahmen vollständig an den Beitragszahler zurückgegeben werden.

Außerdem möchte die FDP, dass auch die Beitragspflicht für gewerbliche Kraftfahrzeuge entfällt, und dann, im nächsten Schritt, den kompletten Entfall der Betriebsstättenabgabe. Bisher bemisst sich die Beitragshöhe nach der Anzahl der betrieblich genutzten Kraftfahrzeuge und der Anzahl der Beschäftigten pro Betriebsstätte.

TOP 28 Antrag zu Massenüberwachungsprogrammen ausländischer Geheimdienste, Antrag der Fraktion der PIRATEN (Drs. 18/1859), geplanter Aufruf 15:00 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Die Piraten im Landtag fordern die Bundesregierung auf, wegen der NSA-Spionageaktivitäten diplomatisch gegen die USA und Großbritannien vorzugehen. Grundlage ist der sogenannte UN-Zivilpakt aus dem Jahr 1976. Darin haben sich 167 Unterzeichnerstaaten verpflichtet, Menschenrechte wie die persönliche Freiheit und die Gedankenfreiheit zu achten. Der Vertrag sieht auch vor, die UN einzuschalten, falls ein Mitgliedsstaat seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Das sehen die Piraten bei den USA und bei Großbritannien als gegeben an. Die Bundesregierung müsse deswegen aktiv werden.

Die Piraten beziehen sich auch auf eine Entschließung des Europaparlaments aus dem März, in dem die „totale Massenüberwachung“ durch ausländische Geheimdienste angeprangert

wird. Die Zustimmung des Parlaments zum transatlantischen Freihandelsabkommen könnte gefährdet sein, solange die Spionage durch die nationale Sicherheitsbehörde der USA nicht eingestellt wird, heißt es in dem Papier. Die Entschließung wurde mit 544 Stimmen angenommen, bei 78 Gegenstimmen und 60 Enthaltungen.

TOP 17, 36 und 43 Anträge zum Länderfinanzausgleich und zum Altschuldentilgungsplan, Antrag der Fraktion der FDP (Drs. 18/1824), Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW (Drs. 18/1869), Antrag der Fraktion der CDU (Drs. 18/1549), Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW (Drs. 18/1614), Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses (Drs. 18/1807), geplanter Aufruf 15:35 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Schleswig-Holstein hat das Jahr 2013 erstmals seit über 50 Jahren mit einem Haushalts-Plus abgeschlossen. Doch das Land ist mit seinen Finanzen noch nicht aus dem Schneider: 2019 läuft der bisherige Länderfinanzausgleich aus, und ab 2020 erlaubt die Schuldenbremse in der Landesverfassung keine neuen Kredite mehr. Vor diesem Hintergrund stehen in den kommenden Jahren Verteilungsdebatten zwischen dem Bund, den reichen Ländern, den ärmeren Ländern und den Kommunen an. Die Fraktionen im Landtag legen hierfür unterschiedliche Konzepte vor.

Die FDP will erreichen, dass das Geld aus dem Länderfinanzausgleich ausschließlich für Investitionen ausgegeben wird – etwa für die Verkehrsinfrastruktur. Schleswig-Holstein müsse seine Wirtschaftskraft stärken, um nicht dauerhaft am Tropf der reichen Geberländer zu hängen, so die Liberalen.

Im laufenden Haushaltsjahr gibt das Land 735 Millionen Euro für Investitionen aus. Das sind 7,3 Prozent des Gesamthaushalts. Mit dieser Quote liegt Schleswig-Holstein im Ländervergleich auf einem hinteren Rang. In den letzten Jahrzehnten ist die Investitionsquote im Landeshaushalt beständig gesunken. Von 21,5 Prozent im Jahr 1974 auf 16,5 Prozent 1984, 13,2 Prozent 1994, 8,4 Prozent 2004 und 7,3 Prozent im laufenden Jahr. Das geht aus Zahlen des Finanzministeriums hervor. Aus dem Finanzausgleich hat Schleswig-Holstein im vergangenen Jahr 170 Millionen Euro von den reichen Ländern bekommen. Im Jahr zuvor waren es 160 Millionen.

Die Koalitionsfraktionen fordern, Länder und Kommunen von Aufgaben zu entlasten – oder ihnen mehr Geld zu geben, damit sie ihre bisherigen Aufgaben erfüllen können. So sollen die bislang von Land sowie von den Kreisen und Gemeinden übernommenen Sozialleistungen auf den Prüfstand. Das Kooperationsverbot wollen SPD, Grüne und SSW komplett aus dem Grundgesetz streichen. Es verhindert bislang, dass Berlin Zuschüsse für Schulen und Hoch-

schulen zahlt. Zudem bräuchten Länder und Kommunen Extra-Zuschüsse, um den Investitionsstau in den Bereichen Bildung, Bau und Verkehr zu beheben. Und: Die Koalitionsfraktionen bringen erneut die Idee ins Spiel, die Steuerverwaltung auf den Bund zu übertragen, damit in ganz Deutschland einheitlich abgerechnet wird.

Einstimmig macht sich der Landtag zudem für einen gemeinsamen Altschulden-Tilgungsfonds stark, „um mit Hilfe von Bundesmitteln einen Schuldenabbau zu ermöglichen“. Hierauf hat sich der Finanzausschuss verständigt. Zudem soll das Land einen Tilgungsplan für seine aufgehäuften Altschulden, rund 27 Milliarden Euro, aufstellen.

TOP 21 Keine weiteren Hilfen für die HSH Nordbank durch das Land, Antrag der Fraktion der FDP (Drs. 18/1851), geplanter Aufruf 16:10 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Fette rote Zahlen meldet die HSH Nordbank. Das Geldhaus, das zu 85 Prozent den Ländern Schleswig-Holstein und Hamburg gehört, hat das vergangene Jahr mit einem Minus von 814 Millionen Euro abgeschlossen. 2012 waren es noch 124 Millionen. Mit Blick auf diese Zahlen fordert die FDP: „Keine weiteren Hilfen für die HSH Nordbank durch das Land“.

Das vor fünf Jahren aufgelegte Rettungspaket der beiden Nord-Länder für ihre ehemalige Landesbank sei ein „Fehler“ gewesen, so die FDP weiter. Schleswig-Holstein und Hamburg hatten der Bank im Zuge der Finanzkrise im Jahr 2009 eine Garantie über zehn Milliarden Euro gegeben. Damit haften die Länder für Verluste der Bank jenseits von 3,2 Milliarden Euro.

Diese Garantien wurden zwischenzeitlich auf sieben Milliarden Euro zurückgefahren, als die Bank in etwas ruhigeres Fahrwasser zu steuern schien. Die Krise in der Schifffahrt hat die Perspektiven für die HSH Nordbank aber wieder deutlich eingetrübt. Konsequenz: Im vergangenen Jahr wurde die Garantie wieder auf zehn Milliarden Euro aufgestockt.

TOP 22 Gesundheitsfonds abschaffen - Beitragsautonomie den Krankenkassen zurückgeben, Antrag der Fraktion der FDP (Drs. 18/1852), geplanter Aufruf 16:45 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Die FDP fordert, den Anfang 2009 eingerichteten Gesundheitsfond abzuschaffen und die Krankenkasse wieder selbst über die Höhe ihrer Beiträge bestimmen zu lassen.

Mit dem Fonds sind die Krankenkassen-Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern vereinheitlicht worden. Das Geld geht nicht mehr direkt an die Kassen, sondern in einen gemeinsamen Topf. Die Krankenkassen erhalten dann für jeden Versicherten einen einheitlichen

Betrag. Zudem gibt es Ausgleichszahlungen von Kassen mit weniger Kranken an Kassen mit vielen Kranken. Eine Kasse, die mit dem Geld nicht auskommt, kann Zusatzbeiträge erheben. Bei einem Überschuss sind Beitragsrückzahlungen möglich. Der Fonds ist Teil der Gesundheitsreform der damaligen schwarz-roten Koalition im Bund.

Freitag, 16. Mai, 10:00 bis 14:00 Uhr

TOP 23 und 55 Antrag zur Europawahl 2014 und Europabericht der Landesregierung, Antrag der Fraktion von CDU (Drs. 18/1853), Bericht der Landesregierung (Drs. 18/1841), geplanter Aufruf 10:00 Uhr, geplante Redezeit 70 Minuten

Mit Blick auf die Europawahl am 25. Mai richtet die CDU einen Wahlauf Ruf an die Schleswig-Holsteiner. Außerdem diskutiert der Landtag über den 80 Seiten starken Europabericht der Landesregierung.

Die CDU betont, dass die bevorstehende Wahl zum Europäischen Parlament der erste EU-Urnengang nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon ist. Das Abkommen aus dem Jahr 2009 gibt dem Parlament mehr Einfluss in der EU-Gesetzgebung. Außerdem bestimmt das Parlament den Präsidenten der Europäischen Kommission.

Den Landtag rufen die Christdemokraten auf, Jugendprogramme zu unterstützen, die den europäischen Gedanken einer freien Gemeinschaft der Staaten an die neuen Generationen weitertragen. Hohe Arbeitslosigkeit und die soziale Ungleichheit in der EU müssen bekämpft werden. Am besten durch eine strikte, möglichst ausgeglichene Haushaltspolitik mit Zukunftsinvestitionen und mehr Wettbewerbsfähigkeit.

Außerdem soll in den Augen der CDU die EU nur dann tätig werden, wenn ein alleiniges Handeln der Mitgliedsstaaten nicht ausreicht. Auf diese Weise werden Probleme dort gelöst, wo sie entstehen. Das Aufkommen von nationalistischen und antieuropäischen Kräften sieht die CDU äußerst kritisch, da es nur gemeinsam gelingen kann, die Herausforderungen, vor denen Europa steht, zu bewältigen. Zu diesen Herausforderungen gehört z.B. die Schaffung eines gemeinsamen Asylsystems oder auch der Schutz vor Diskriminierung von nationalen Minderheiten innerhalb der EU.

TOP 25 Sicherheit gewährleisten - Personalabbau bei der Polizei stoppen, Antrag der Fraktion CDU (Drs. 18/1855), geplanter Aufruf 11:10 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Die CDU fordert die Landesregierung auf, keine weiteren Stellen bei der Landespolizei zu streichen. Die Beamten seien „ständig am Limit“, heißt es bei der Union. Allein die Zahl der Wohnungseinbrüche sei seit 2003 von 5.000 auf 7.500 pro Jahr gestiegen.

Bis 2020 sollen bei der Landespolizei nach Regierungsplänen insgesamt 122 Stellen in den Bereichen Verkehrsüberwachung, IT-Technik und bei der Wasserschutzpolizei gestrichen werden. Insgesamt umfasst die Landespolizei rund 8000 Beschäftigte. Die Wasserschutzpolizei in Schleswig-Holstein zählt derzeit 16 Dienststellen mit insgesamt rund 260 Beschäftigten. Ende September 2013 hatten die Polizisten im Lande zusammen etwa 360.000 Überstunden angehäuft, das entspricht 47 Überstunden pro Kopf.

TOP 34 Personalstruktur und -managementbericht des Landes einführen, Antrag der Fraktion der PIRATEN (Drs. 18/1867), geplanter Aufruf 11:45 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Das Land will sein Personal in den kommenden Jahren weiter abbauen, und gleichzeitig wird der Altersschnitt der Beschäftigten immer höher. Das führt nach Beobachtung der Piraten zu Arbeitsverdichtung, hoher Belastung und damit zu mehr Krankheitstagen. Vor diesem Hintergrund soll das Land künftig einen jährlichen Bericht vorlegen, in dem die Personalstruktur des Landes aufgeschlüsselt wird. Dieser Bericht soll dann als Grundlage für ein „vergleichbares Gesundheitsmanagement“ dienen, so die Piraten.

In dem Bericht soll dargelegt werden, wie viele Mitarbeiter in jeder Behörde und jedem Landesbetrieb in Rente gehen, wie viele Stellen jeweils gestrichen werden sollen und wie sich die Personalkosten entwickeln. Außerdem soll die Landesregierung Zahlen über Fehlzeiten vorlegen.

TOP 38 Kennzeichnung von Herkunft / Haltungsform bei tierischen Lebensmitteln, Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW (Drs. 18/1871), geplanter Aufruf 12:20 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Nach Überzeugung von SPD, Grünen und SSW müssen tierische Lebensmittel wie Fleisch und Eier besser gekennzeichnet werden, damit der Verbraucher den Überblick behält. Daher bitten die Koalitionsfraktionen die Landesregierung, sich für eine Kennzeichnung der Herkunft und der Haltungsform bei tierischen Lebensmitteln einzusetzen. Hier soll es eine EU-weite Regelung geben.

Sollte eine Umsetzung auf dieser Ebene auf lange Sicht nicht möglich sein, fordern die drei Fraktionen, über den Bundesrat eine deutschlandweite Regelung zu erreichen.

Derzeit ist es für den Verbraucher beim Kauf von tierischen Lebensmitteln nicht ersichtlich, wo die Tiere aufgezogen, gehalten und geschlachtet wurden. Im Februar hatte sich das Europäische Parlament bereits für eine verpflichtende Kennzeichnung der Herkunft ausgesprochen. Diese sollte neben dem Ort der Schlachtung auch das Geburtsland des Tieres umfassen. Vorgeschlagen wurde außerdem, dass man zunächst lediglich unverarbeitete Produkte kennzeichnet. Zu einem späteren Zeitpunkt wäre dann Stück für Stück eine Ausweitung auf verarbeitete Produkte denkbar.

TOP 40 Landtagswahlrecht für BürgerInnen der Europäischen Union und Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-BürgerInnen und Bürger, (Drs. 18/737neu, 18/729neu), Antrag der Fraktion der FDP (Drs. 18/1873), geplanter Aufruf 12:55 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Vor einem Jahr hat sich der Landtag mit großer Mehrheit dafür eingesetzt, das deutsche Wahlrecht stärker für Ausländer zu öffnen. So hat das Parlament angeregt, dass EU-Ausländer in Deutschland auch die Landtage mitwählen dürfen. Bisher sind Staatsangehörige anderer Staaten der Europäischen Union in Deutschland nur bei Kommunal- und bei Europawahlen stimmberechtigt. Und: Auch Nicht-EU-Bürger sollen nach Willen des Landtages bei Kommunalwahlen mitmachen dürfen. Koalition, Piraten und FDP hatten dieses Ziel unterstützt, die CDU war dagegen.

Mit diesem Beschluss war eine Aufforderung an die Landesregierung verbunden, sich auf Bundesebene für diese Ziele einzusetzen und zu prüfen, ob das Grundgesetz geändert werden müsste. Die FDP hakt nun bei der Landesregierung nach, wie weit sie gekommen ist.

Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) hat sich Ende April laut Medienberichten in Berlin dafür stark gemacht, allen ständig in Deutschland lebenden Ausländern das Kommunalwahlrecht zuzuerkennen. Widerstand kam hingegen aus den Reihen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

TOP 44 Mehr Klarheit für Verbraucher bei Strompreis und EEG-Umlage, Antrag der Fraktion der PIRATEN (Drs. 18/1041), Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 18/1843), geplanter Aufruf 13:30 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Ein Antrag der Piraten für eine übersichtlichere Stromrechnung ist bei den bisherigen Beratungen im Wirtschaftsausschuss auf die Ablehnung aller anderen Fraktionen gestoßen. Die Piraten wollen in der Stromrechnung alle Bestandteile des Gesamtpreises aufführen und dabei vor allem die verschiedenen Komponenten der EEG-Umlage aufschlüsseln. Denn: Viele Kunden machten die Energiewende für steigende Preise verantwortlich. Ein Grund für diesen

Eindruck sind nach Auffassung der Piraten die komplizierten Details des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG).

Der Kunde soll sehen können, welchen Anteil Umsatz- und Stromsteuer, Netzgebühren sowie die verschiedenen Umlagen an der Gesamtsumme ausmachen. Eine solche „Transparenz beim Strompreis“ werde dazu führen, dass der „preissenkende Effekt“ von Wind- und Sonnenenergie stärker ins Bewusstsein rücke, heißt es in dem Piraten-Antrag.

Das EEG regelt die bevorzugte Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Quellen ins Stromnetz und garantiert dessen Erzeugern feste Einspeisevergütungen. Mit der EEG-Umlage wird der Ausbau der Erneuerbaren Energien finanziert. Das funktioniert so: Wer eine Solaranlage oder ein Windrad betreibt, speist den Strom in das Netz ein und erhält dafür eine Vergütung. Die Netzbetreiber verkaufen den grünen Strom an der Strombörse. Da die dort erzielten Preise weit unter den festen Vergütungssätzen liegen, wird der Differenzbetrag durch die EEG-Umlage auf die Stromverbraucher umgelegt. Die Kosten der EEG-Umlage müssen prinzipiell von allen Stromverbrauchern, egal ob privat oder gewerblich, bezahlt werden. Zahlreiche Betriebe mit hohem Stromverbrauch sind jedoch von der Zahlung der EEG-Umlage befreit.

Hinweis:

Aktuelle Informationen zu den Themen der Landtagssitzung finden Sie im Internet unter www.sh-landtag.de unter *Aktuell/plenum-online*. Die Mai-Ausgabe wird voraussichtlich am Nachmittag des Dienstag, 13. Mai, ab ca. 16:00 Uhr ins Netz gestellt. An den Sitzungstagen bietet *plenum-online* rund eine Stunde nach jeder Debatte eine Zusammenfassung der wichtigsten Informationen und Ergebnisse. Auch über Veränderungen der Tagesordnung sowie zeitliche Verschiebungen werden Sie über den aktualisierten Zeitplan auf dem Laufenden gehalten.

Die Debatten des Schleswig-Holsteinischen Landtages können live im Internet mitverfolgt werden unter tsh.de/ParlaTV. Der Sender Kiel TV (Offener Kanal Kiel) überträgt die Plenartagung live im Fernsehen und im Internet unter www.okkiel.de.

V o r a u s s i c h t l i c h e Reihenfolge der Beratung der 21. Tagung

Hinweis: Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettung hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt**.

TOP		angemeldete Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
Mittwoch, 14. Mai 2014			
1	Aktuelle Stunde zum Rückkehrrecht der Bildungsministerin an die Universität Flensburg	60	10:00
19 + 31	Anträge zum nutzerfinanzierten Sonderfonds „Reparatur Deutschland“	35	11:00
49 + 53	Weiterbau der A20 und Bericht zur westlichen Elbquerung	35	11:35
10 + 14	Gesetzentwurf Sondervermögen zur Umsetzung der Breitbandstrategie und Antrag "Dächer frei für drahtlosen Internetzugang	35	12:10
37			
Novellierung des Landesnaturschutzgesetzes		35	15:00
26	Antrag zum Stopp der Zwangsausstattung von Fahrzeugen mit elektronischem Ortungssystem eCall	35	15:35
32 + 39	Anträge zur Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstandes und zur europäischen Initiative zum sozialen Unternehmertum	35	16:10
2	Gesetzentwurf zur Änderung des Landesjagdgesetzes	40	16:45
Donnerstag, 15. Mai 2014			
9 + 24 + 30 + 33	Entwurf für ein Lehrerbildungsgesetz und Anträge zur Lehrerausbildung / Sekundarstufen-II-Ausbildung	70	10:00
13	Landesliegenschaften: Parken und Laden für Fahrzeuge mit Elektroantrieb	35	11:10
15 + 20 + 41	Anträge zum NDR-Staatsvertrag und zu Rundfunkgebühren	35	11:45
28			
Antrag zu Massenüberwachungsprogrammen ausländischer Geheimdienste		35	15:00
17 + 36 + 43	Anträge zum Länderfinanzausgleich und zum Altschuldentilgungsplan	35	15:35
21	Keine weiteren Hilfen für die HSH Nordbank durch das Land	35	16:10
22	Gesundheitsfonds abschaffen - Beitragsautonomie den Krankenkassen zurückgeben	35	16:45
Freitag, 16. Mai 2014			
23 + 55	Antrag zur Europawahl 2014 und Europabericht der Landesregierung	70	10:00
25	Sicherheit gewährleisten - Personalabbau bei der Polizei stoppen	35	11:10
34	Personalstruktur und -managementbericht des Landes einführen	35	11:45
38	Kennzeichnung von Herkunft und Haltungsform bei tierischen Lebensmitteln	35	12:20
40	Landtagswahlrecht für BürgerInnen der Europäischen Union und Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-BürgerInnen und Bürger	35	12:55

44	Mehr Klarheit für Verbraucher bei Strompreis und EEG-Umlage	35	13:30
----	---	----	-------

Zu den Tagesordnungspunkten ohne Aussprache ist eine Gesamtabstimmung vorgesehen (Sammeldrucksache 18/1888):

TOP	
3	Gesetzentwürfe zur Änderung des Spielbankgesetzes
4	Änderung des Spielhallengesetzes
5	Gesetz zur Aufhebung landesrechtlicher Vorschriften über die Berufstracht von Rechtsanwälten
6	Staatsvertrag über die Errichtung eines gemeinsamen Senats des Finanzgerichts Hamburg
8	Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Kirchensteuer - und des Kirchenaustrittsgesetzes
11	Gesetzentwurf zur Ausführung des Tiergesundheitsgesetzes
16	Bericht Konzept für Familienzentren
18	Tötung von männlichen Eintagsküken stoppen
29	Zugang des Landtages zur Bundesratsdatenbank EUDISYS
45	Keine Ausweitung der LKW-Maut
46	Vorbild sein: Der öffentliche Dienst darf kein Arbeitgeber zweiter Klasse sein
51	Prüfung der Einführung des Digitalfunks durch den Landesrechnungshof

Es ist beabsichtigt, die folgenden Punkte von der Tagesordnung abzusetzen:

7	Gesetz zur Neuregelung der Wahl der oder des Landesbeauftragten für Datenschutz
12	Fahrradverkehr in Schleswig-Holstein - Redezeit von 5 Minuten je Fraktion/LReg wird vorgesehen
27	Einbürgerung von Gebühren freistellen - Redezeit von 5 Minuten je Fraktion/LReg wird vorgesehen
35	Tourismusstrategie für Schleswig-Holstein - Redezeit von 5 Minuten je Fraktion/LReg wird vorgesehen
42	Mehr Leichte Sprache in Schleswig-Holstein
47	AKN – Elektrifizierung zügig weiterplanen, zeitnah bauen und bis 2018 fertigstellen
48	Ersatzbauwerk für die Rader Hochbrücke
50	Auch in Zukunft sicher über den Nord-Ostsee-Kanal
52	Fluthilfen nach der Elbe-Flut und geplante Hochwasserschutzmaßnahmen in Lauenburg - Redezeit von 5 Minuten je Fraktion/LReg wird vorgesehen
54	Verfassungsschutzbericht 2013 - Redezeit von 5 Minuten je Fraktion/LReg wird vorgesehen